

# Branche steckt in der Krise – Regierung braucht mehr Zeit

**Baselbieter Kita-Misere** Eine mögliche Gesetzesänderung wird in Baselland nicht mehr 2026 erwartet, sondern frühestens 2027. Für einige Kitas könnte das zu spät sein.

**Benjamin Wirth**

Fragt man in diesen Tagen bei den Baselbieter Kinderkrippen nach, wie dramatisch die Situation denn sei, ist die Antwort stets dieselbe: sehr. Klar, der Kanton befindet sich auch in einer veritablen Kita-Misere – und scheint so schnell keinen Weg daraus zu finden.

Wie in Basel-Stadt hat die SP auch auf dem Land vor ein paar Jahren eine Initiative eingereicht, in der sie Gratis-Kitas fordert. Auch im Baselbiet wird es dazu einen Gegenvorschlag der Regierung geben, der mit grosser Spannung erwartet wird. Nur: Diesen Mittwoch hat der Regierungsrat informiert, dass er dafür noch mehr Zeit benötigt.

Konkret geht es um ein Jahr, das die zuständige Sicherheitsdirektion um SP-Regierungsrätin Kathrin Schweizer zusätzlich braucht, um die Vorlage auszuarbeiten. Heisst: Eine mögliche Gesetzesänderung wird nicht mehr

2026 erwartet, sondern frühestens 2027.

Für einige Kitas könnte es dann allerdings zu spät sein. Denn im benachbarten Basel-Stadt ist seit kurzem bereits ein neues Gesetz in Kraft, das die Krise in der Landschaft speziell – und vor allem nachhaltig – verschärft: Für eine Vollzeitbetreuung ihres Kindes zahlen in der Stadt selbst gut verdienende Eltern maximal «nur» noch 1600 Franken pro Monat. Und auch die Löhne der Betreuerinnen und Betreuer wurden angehoben.

## 1100 Franken gespart

In Baselland mussten deswegen schon erste Standorte schliessen. In Birsfelden sogar zwei innerhalb weniger Monate. Die besseren Tarife locken immer mehr Personal und viele Familien nach Basel. So berichtete das «Regionaljournal» von SRF vor ein paar Wochen etwa von einer dreiköpfigen Familie, die von Binningen in die Stadt zog – statt 1800 Franken würden die



In Baselland müssen erste Kitas schliessen, weil Familien und Personal wegen neuer Tarife in die Stadt ziehen. Foto: Keystone

Eltern monatlich nur noch rund 700 Franken für die Betreuung ihres Kindes bezahlen.

Viele Baselbieter Kitas setzten ihre Hoffnung auf den Gegenvorschlag der Regierung. Nun müssen sie sich weiter gedulden. Wobei sowieso unklar ist, wie die Vorlage in Baselland denn genau aus-

sehen würde. Das Geschäft hat generell einen schweren Stand. Weil die aktuelle finanzielle Lage des Kantons düster ist und Finanzdirektor Anton Lauber jeden Rappen mehrfach umdreht. Zum Vergleich: Basel lässt sich sein neues Kita-Gesetz im Jahr rund 36 Millionen Franken kosten – schwer vorstell-

bar, dass Liestal diesem Bedürfnis zeitnah nachkommen kann.

Nicht von Verantwortung freizusprechen sind hingegen die Gemeinden. Sie könnten mittel-, wenn nicht sogar langfristig Abhilfe leisten – was an und für sich auch ihre Aufgabe ist. Anders als in Basel-Stadt sind in der Landschaft bis anhin allein sie für die Subventionierung der familienergänzenden Betreuung zuständig. Ob sie den Kitas demnächst jedoch gezielt unter die Arme greifen oder ob auch sie ausharren, bis der Gegenvorschlag zur SP-Initiative da ist: Das bleibt offen.

Beim Kanton übt man sich nun erst einmal in Geduld. Zwar verspricht die Regierung, dass «die zahlreichen Stakeholder» in die Projektarbeiten involviert sein werden, doch einen exakten Zeitplan bleibt man schuldig. Immerhin setzt man sich zum Ziel, regelmässig über den Stand der Arbeiten zu informieren, «um richtungsgebende Entscheide treffen zu können».